

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2023

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	3
B 146. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 11. - 15. März 2023 in Manama (Bahrain)	5
1. Allgemeines.....	5
2. Dringliches Nachtragstraktandum.....	6
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Förderung der friedlichen Koexistenz und inte- grativer Gesellschaften: Intoleranz bekämpfen</i>	7
C Sitzung des Interparlamentarischen Rates	8
D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	8
E 147. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 23. – 27. Oktober 2023 in Luanda (Angola)	9
1. Allgemeines.....	9
2. Dringliches Nachtragstraktandum.....	9
3. Hauptthema der Versammlung: <i>Parlamentarische Arbeit für Frieden, Gerechtig- keit und leistungsfähige Institutionen</i>	10
F Sitzung des Interparlamentarischen Rates	10
G Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	11
H Nächste Versammlungen	11
I Schlusswort	11

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveräner Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 180 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Ziele

- die Kontakte, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten und deren Mitgliedern aller Länder zu fördern;
- Fragen von internationalem Interesse betreffend Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Frauen in der Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erörtern, um dadurch einzelne Parlamente und Ratsmitglieder zu konkreten Massnahmen zu veranlassen;
- zur Förderung von Schutz und Achtung der Menschenrechte – ein zentraler Faktor für die parlamentarische Demokratie und die Entwicklung – und des humanitären Rechts beizutragen, insbesondere zum Schutz der Menschenrechte der Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- zu einem besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen beizutragen und deren Entstehung und Fortbildung zu unterstützen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtensteins für das Jahr 2023 CHF 12'700, zusätzlich für die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus EUR 536).

Das **Sekretariat der IPU** mit Sitz in Genf ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Gruppe der Zwölf Plus

Geopolitische Gruppierungen wurden erstmals Anfang der 1950er Jahre innerhalb der IPU gegründet. Ihr Zweck bestand ursprünglich darin, eine gerechte geografische Verteilung der Sitze im Exekutivkomitee der IPU und in anderen Gremien sicherzustellen. Im Laufe der Zeit haben sich ihre Rolle und Verantwortlichkeiten jedoch weiterentwickelt.

Heute spielen die sechs geopolitischen Gruppen eine wichtige Rolle für das Funktionieren der IPU. Sie bereiten Positionen zu Schlüsselthemen auf der Tagesordnung jeder Vollversammlung vor und koordinieren sie, prüfen freie Stellen in den Ausschüssen und Gruppen, beraten ihre Mitglieder und schlagen Kandidaten vor. Dadurch können sie eine faire Vertretung aller Teile der Welt innerhalb der IPU-Strukturen sicherstellen.

Die Gruppen führen Anhörungen mit Kandidaten für das IPU-Präsidium und den Posten des Generalsekretärs sowie bei Bedarf mit jedem anderen IPU-Beamten durch. Sie erleichtern auch Konsultationen zu Vorschlägen für Debatten und Entschlüsse zu Dringlichkeitsthemen während der Vollversammlungen und sind an der Gestaltung und Überprüfung der Umsetzung der wichtigsten Massnahmen beteiligt.

Der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus, zu der Liechtenstein zählt, gehören weiter folgende Länder an: Albanien, Andorra, Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Monaco, Montenegro, Neuseeland, Niederlande, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn und Zypern.

Vorsitzender ist seit 2023 Herr Andries Gryffroy, Mitglied des flämischen Parlaments in Belgien.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagspräsident Albert Frick (Delegationsleiter)
- Landtagsabgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Sebastian Gassner (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Mario Wohlwend (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (verantwortliche Mitarbeiterin beim Parlamentsdienst)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste wurde vom 11. – 15. März in Manama (Bahrain) durchgeführt, die zweite fand vom 23. - 27. Oktober in Luanda (Angola) statt. An der ersten Sitzung nahmen der Delegationsleiter Albert Frick und die Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch sowie Gabriele Wachter vom Parlamentsdienst teil. An der zweiten Sitzung war die Delegation durch die Abg. Dagmar Bühler-Nigsch (22. – 24.10.) sowie den Abg. Sebastian Gassner (22. - 27.10.) vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2023

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder und Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 58'142.25.

B 146. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 11. - 15. März 2023 in Manama (Bahrain)

1. Allgemeines

Die Versammlung wurde durch S.E. Scheich Khalid bin Abdulla Al Khalifa, stellvertretender Premierminister von Bahrain, als Vertreter seiner Majestät des Königs Hamad bin Isa Al Khalifa, eröffnet. In seiner Begrüssungsansprache nahm er insbesondere Bezug auf das Hauptthema der Versammlung und betonte, dass gerade angesichts der momentanen weltweiten Krisen wie Terrorismus, Kriege, Naturkatastrophen, Klimawandel und Nahrungssicherheit dieser Thematik grosse Bedeutung zukomme. Für die Sicherheit und das Wohlergehen zukünftiger Generationen sei es unabdingbar, dass Staatsoberhäupter und Parlamentarier zusammenarbeiten und sich für eine sichere und lebenswerte Welt einsetzen würden.

Delegationen von 136 Mitgliedsstaaten nahmen an der Versammlung teil.

2. Dringliches Nachtragstraktandum

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *The urgent need to combat violence against women in politics, particularly in light of the proliferation of hate speech, fake news and violent incidents*, vorgeschlagen von Argentinien
- *Criminalizing contempt for religions and the spreading of hatred, and promoting co-existence, tolerance, peace and international security*, vorgeschlagen von Katar
- *Raising awareness and calling for action on the serious humanitarian crises affecting the peoples of Afghanistan, the Syrian Arab Republic, Ukraine, Yemen and other countries, and on the particular vulnerability of women and children*, vorgeschlagen von Argentinien, Chile, Deutschland, den Niederlanden und der Ukraine, mit der Unterstützung der geopolitischen Gruppen GRULAC (Group of Latin America and the Caribbean) und der Twelve Plus Group
- *Combating Islamophobia, fighting intolerance, eliminating racial discrimination, and promoting peaceful coexistence among peoples and religions*, vorgeschlagen von Indonesien
- *Creation of a global fund for countries vulnerable to natural disasters to address loss and damage from climate change*, vorgeschlagen von der African Group
- *Call for urgent action to stop aggression, occupation and massive human rights violations in the Democratic Republic of the Congo in order to preserve its sovereignty and territorial integrity*, vorgeschlagen von der Demokratischen Republik Kongo

Vor der Präsentation der Vorschläge bat Yemen um Klärung, ob es zulässig sei, dass ein Mitgliedsland mehr als ein Dringlichkeitstraktandum einreichen bzw. unterstützen könne (Argentinien). Der Generalsekretär erklärte, dass es in der Geschäftsordnung hierzu keine konkreten Ausführungen gebe und dies daher zulässig sei. Russland sprach sich gegen den dritten Vorschlag aus, da es seiner Meinung nach noch viele weitere Länder gebe, die von den erwähnten Krisen betroffen seien, die im Vorschlag aber nicht erwähnt wurden. Während der Präsentation wies die African Group darauf hin, dass es mehrere Vorschläge gebe, die der Aufmerksamkeit bedürften. Sie äusserte daher den Wunsch, an jeder Versammlung mehr als nur ein Emergency Item zu bestimmen. Während der Diskussion zog Indonesien seinen Vorschlag zugunsten desjenigen von Katar zurück. Nach durchgeführter Wahl erhielt der Vorschlag von Argentinien, Chile, Deutschland, den Niederlanden und der Ukraine, mit der Unterstützung der GRULAC und der Twelve Plus Group die erforderliche Zwei-Drittelmehrheit, weshalb dieser als dringlich in die Traktandenliste aufgenommen wurde.

Beratung des dringlichen Nachtragstraktandums: *Die Förderung des Bewusstseins und die Aufforderung zum Handeln bei ernsthaften humanitären Krisen betreffend Afghanistan, Syrien, Ukraine, Jemen und weiteren Ländern, und insbesondere hinsichtlich der Verletzlichkeit von Frauen und Kindern*

13 Delegierte ergriffen zu diesem Thema das Wort. Obwohl sich der Vorschlag der Resolution nur auf die aufgeführten Länder bezog, fokussierten sich viele Redner auf die Situation in der Ukraine. Zwei Redner wiesen zudem auf die Situation in Bergkarabach hin. Weitere erwähnten die Situation vieler Flüchtling weltweit, die es nicht zu vergessen gelte. Chile als einer der Autoren des Vorschlags fasste die Diskussion zusammen und stellte fest, dass Friede und Sicherheit das Ziel aller sei und man mit dieser Resolution ein klares Signal senden wolle. Nachdem ein von der Versammlung bestimmter Ausschuss den Entwurf überarbeitet hatte, wurde diese Resolution von der Versammlung genehmigt und verabschiedet.

[Die Resolution ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

3. Hauptthema der Versammlung: Förderung der friedlichen Koexistenz und integrativer Gesellschaften: Intoleranz bekämpfen

Während drei Tagen nahmen rund 150 Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Gelegenheit wahr, sich an der Generaldebatte über Möglichkeiten zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens auszutauschen. Mittels einer Videoübertragung forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herr António Guterres, die Anwesenden zu Beginn der Debatte auf, sich gemeinsam für Frieden, Stabilität und Einbezug aller einzusetzen und Extremismus, Gewalt und Terrorismus zu bekämpfen.

Herr A. Bin Salman Almusalam, Präsident des Parlaments von Bahrain, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass in den kommenden Jahren Millionen von Menschen aufgrund des Klimawandels gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen. Es müsse daher höchste Priorität sein, unsere Umwelt zu schützen und damit auch die Zukunft der Menschheit zu sichern. Auch sei es wichtig, Frauen in die Politik und Gesellschaft noch mehr miteinzubeziehen. Es gebe viele Möglichkeiten, nachhaltige Entwicklungen durch entsprechende Gesetzesreformen zu fördern, hier sei die Politik gefragt. Weiters seien Menschenrechte eine wichtige Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und müssten insbesondere für verletzte Gruppierungen wie Frauen und Kinder sowie Mittellose weltweit nach wie vor verbessert werden.

Die am Schluss genehmigte entsprechende Deklaration fordert die Parlamente zur Umsetzung der SDG's bis 2030 auf («*Leaving no one behind*») – als die grösste Hoffnung für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung für alle. Hierzu betonte Landtagspräsident Albert Frick in seiner Rede u.a., dass in Liechtenstein bei Regierungsvorlagen an den Landtag der Effekt auf die Verwirklichung der SDG's zu vermitteln ist. Um den Resolutionen mehr Umsetzungskraft in den Mitgliedsländern zu verschaffen, wurde neu ein Forum eingeführt, bei dem die einzelnen Nationen Rechenschaft über die Umsetzung abgeben müssen. Auch Liechtenstein wird künftig hierzu Bericht zu erstatten haben.

[Die Deklaration ist dem Bericht als Beilage angehängt.]

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

Zu Beginn der Sitzung stellte der Generalsekretär der IPU, Herr Martin Chungong, den umfassenden Report der Aktivitäten des Jahres 2022 sowie der Umsetzung der IPU-Strategie vor. Weiters informierte die Vorsitzende der Finanzkommission, Frau J. Alm Ericson, über die aktuelle finanzielle Situation der Organisation (ein entsprechender Bericht mit einer aktuellen Liste der unbezahlten Mitgliederbeiträge wurde vorgelegt). Die IPU ist nach wie vor finanziell gut aufgestellt. Die meisten IPU-Mitglieder kommen ihren finanziellen Verpflichtungen nach. Allerdings gebe es doch einige Länder, die ihre Beiträge nicht bezahlt hätten. Sie appelliert an dieser Stelle, dies umgehend nachzuholen.

Der Generalsekretär informiert weiter über den aktuellen Stand der Eröffnung von regionalen IPU-Büros in Uruguay und Ägypten. Die entsprechenden Vorbereitungen seien am Laufen.

Der Interparlamentarische Rat wurde vom Exekutivkomitee über die schwierige Situation in gewissen Ländern unterrichtet (eingeteilt in drei Kategorien: 1. nicht funktionierende Parlamente, 2. Übergangsparlamente, 3. politische Instabilität mit dem Potential, das Funktionieren des Parlaments zu beeinflussen). In die erste Kategorie falle Afghanistan, wo sich die Situation seit der letzten Sitzung enorm verschlechtert habe. Viele Parlamentarier mussten das Land seit der Übernahme durch die Taliban verlassen. Menschenrechte würden nicht eingehalten, insbesondere auch das Recht der Frauen und Mädchen auf Bildung. Die IPU beschloss, auch Mitgliedern des Parlaments, die im Exil leben, die Möglichkeit zur Teilnahme an den Versammlungen zu ermöglichen, allerdings ohne Stimmrecht. Weitere Länder mit schwierigen politischen Situationen sind Haiti, Myanmar, Sudan, Burkino Faso, Tschad, Guinea, Mali, Libyen, Südsudan, Guinea-Bissau, Palästina, Tunesien und Venezuela sowie der Jemen. Zu all diesen Ländern wurde kurz Bericht erstattet.

Die IPU Task Force, die sich für den Dialog zwischen der Ukraine und Russland einsetzt, um den Krieg baldmöglichst zu beenden, berichtete über ihr letztes Treffen bez. ihre Aktivitäten. Beide Delegationen wurden aufgefordert, sich für die folgenden Punkte einzusetzen und somit die Situation etwas zu entschärfen: nukleare Sicherheit, Nahrungsmittelsicherheit, Schutz von zivilen Einrichtungen und den Austausch von Kriegsgefangenen. Sowohl die ukrainische wie auch die russische Delegation begrüßten die Bemühungen der Task Force. Sie betonten deren Bedeutung, da die IPU eines der letzten Plattformen sei, an denen beide Parlamente vertreten sind. Der Entwurf einer entsprechenden Resolution wurde von beiden Parteien gutgeheissen. Die Task Force wird diese noch detaillierter ausarbeiten.

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 10., 12., 13. und 14. März 2023. Es wurden insbesondere die Standard-Traktanden wie die finanzielle Situation/das Budget 2024, Wahlen in div. IPU-Komitees, Berichte der diversen Arbeitsgruppen, Emergency Item sowie die Arbeit der IPU Task Force behandelt.

Die liechtensteinische Delegation nutzte die Versammlung insbesondere auch für bilaterale Gespräche. So fand u.a. eine Sitzung mit der ukrainischen Delegation statt, an der die aktuelle Situation in der Ukraine und die Unterstützung durch Liechtenstein diskutiert wurden. Dabei zeigte sich, dass man in der Ukraine sehr detaillierte Kenntnisse über die Solaridität und die diplomatischen Bemühungen Liechtensteins hat.

E Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 23. – 27. Oktober 2023 in Luanda (Angola)

1. Allgemeines

Frau Carolina Cerqueira, Präsidentin der Nationalversammlung von Angola, betonte in ihrer Begrüßungsansprache die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Parlamente, um weltweit den zunehmenden Konflikten und Krisen entgegenzuwirken und zwischen den Ländern «Brücken» zu bauen. Die Förderung von Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte sei derzeit so wichtig wie noch nie. Weitere Redner waren Herr Martin Chungong, Generalsekretär der IPU, Herr Parfait Onanga-Anyanga, Vertreter der Afrikanischen Union bei der UNO, Herr Duarte Pacheco, Präsident der IPU, sowie Herr João Manuel Gonçalves Lourenço, Präsident von Angola. Sie alle begrüßten die Wahl des Hauptthemas der Versammlung «*Parlamentarische Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und leistungsfähige Institutionen*» und wünschten allen Teilnehmenden eine erfolgreiche Debatte.

Delegationen von 128 Mitgliedsstaaten nahmen an der Konferenz teil.

Delegationsmitglied Dagmar Bühler-Nigsch war im Forum of Women Parliamentarians vertreten, welches an jeder IPU-Konferenz zusammentritt. Das Forum leitet die politische Arbeit, um das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern bei der politischen Vertretung in den nationalen Parlamenten, in den IPU-Gremien und auf den IPU-Versammlungen zu beseitigen.

Das stellvertretende Delegationsmitglied Sebastian Gassner war im Forum of Young Parliamentarians vertreten, dem junge Parlamentsmitglieder unter 45 Jahren angehören.

2. Dringliches Nachtragstraktandum

Aufgrund der jüngsten Anschläge am 7. Oktober auf Israel wurden gleich vier Vorschläge zu diesem Thema für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Countering Islamophobia and the rise in extremist Islamophobic events through understanding and education, the promotion of tolerance and interfaith harmony, and fostering an environment that encourages respect and empathy among different faith communities*, vorgeschlagen von Pakistan
- *Stopping the war and violations of human rights in Gaza*, vorgeschlagen von Algerien und Kuwait (im Namen der Arab Group), Indonesien, Iran und Südafrika (im Namen der African Group)
- *A multifaceted approach to the question of Palestine: Parliamentary diplomacy and Sustainable Development Goal 16*, vorgeschlagen von Malaysia

- *Towards common ground for peace*, vorgeschlagen von Kanada (im Namen der Delegationen von Argentinien, Österreich, Kroatien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Schweden und Grossbritannien)

Bei der nachfolgenden Präsentation zogen Pakistan und Malaysia ihre Vorschläge aus taktischen Gründen zurück, um den Vorschlag «*Stopping the war and violations of human rights in Gaza*» u.a. von Iran zu unterstützen. Keiner dieser Vorschläge hat eine kritische Auseinandersetzung mit den Anschlügen der Hamas am 7. Oktober enthalten. Dieser Aspekt war allein im Vorschlag von Kanada zu finden. Vor diesem Hintergrund erlangte daraufhin keiner der beiden verbliebenen Vorschläge die notwendige Zweidrittel-Mehrheit; somit wurde kein Emergency Item in die Tagesordnung aufgenommen.

3. Hauptthema der Versammlung: *Parlamentarische Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und leistungsfähige Institutionen*

Während der dreitägigen Debatte ergriffen 146 Rednerinnen und Redner das Wort. Frau Carolina Cerqueira, Präsidentin der Nationalversammlung von Angola, wies zu Beginn auf die Wichtigkeit der Thematik hin. Die drei Hauptaspekte der SDG 16 – Friede, Gerechtigkeit und starke Institutionen – seien der Schlüssel zu vielen Problemsituationen, die derzeit auf der Welt bestehen würden. Sie hoffe, die Anwesenden nutzten die Gelegenheit, um jegliche Form von Krieg, Gewalt und Zerstörung von starken Institutionen sowie Aufforderungen zu Intoleranz und Hass zu verurteilen.

F Sitzung des Interparlamentarischen Rates

Der Präsident sowie der Generalsekretär stellten jeweils ihre Tätigkeitsberichte seit der letzten Assembly vor. Frau Alm Ericson, Vorsitzende des Finanzausschusses, machte Ausführungen zum Jahresabschluss 2022 und erläuterte die schwierige Lage auf dem Finanzmarkt und die damit verbundenen Verluste aufgrund der getätigten Investitionen. Die Lage habe sich aber erfreulicherweise im Jahr 2023 stabilisiert. Sie nahm weiter Bezug auf die seit Jahren ausstehenden Mitgliederbeiträge von bestimmten Ländern (insbesondere Venezuela). Das IPU-Sekretariat stehe mit diesen in regelmässigem Kontakt, um hier Lösungen zu finden. Weiter wurde das Budget für das Jahr 2024 vorgestellt.

An der letzten Sitzung des Interparlamentarischen Rates wurde die neue Präsidentin der IPU gewählt. Diese Wahl findet alle drei Jahre nach einem Prinzip der Rotation zwischen den sechs geopolitischen Gruppen statt. Dieses Mal war es an der African Group, entsprechende Kandidatinnen und Kandidaten vorzuschlagen. Von den vier zur Wahl stehenden Frauen wurde Frau Tulia Ackson, Präsidentin des Parlaments von Tansania, als erste Frau des afrikanischen Kontinents beim ersten Wahlgang als neue Präsidentin gewählt. Der Rat nahm die Gelegenheit wahr, dem scheidenden Präsidenten seinen Dank für die geleistete Arbeit und seinen grossen Einsatz in den letzten drei Jahren auszusprechen.

G Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 22., 24., 25. und 26. Oktober 2023. So wurde u.a. die Besetzung der offenen Positionen in den diversen Ausschüssen vorgenommen. Zudem berichtete der Vorsitzende über die finanzielle Situation der Gruppe, welche nach wie vor ausgeglichen ist. Der Jahresbeitrag soll deshalb beibehalten werden. Aufgrund des jüngsten Konfliktes im Nahen Osten hat die kanadische Delegation einen Vorschlag für ein dringliches Nachtragstraktandum vorbereitet, das überarbeitet und von der 12Plus nahezu einstimmig unterstützt wurde. Weitere Themen waren u.a. die Wahl der neuen Präsidentin, der aktuelle Stand der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer Resolution für eine friedliche Lösung in der Ukraine sowie die Anpassung der Statuten der IPU.

H Nächste Versammlungen

- 148. IPU-Versammlung: 23. – 27. März 2024 in Genf
- 149. IPU-Versammlung: noch offen

I Schlusswort

Es ist für die Souveränität unseres Landes von grosser Bedeutung, im Kreise der Parlamente der internationalen Staatengemeinschaft eine Stimme zu haben und als eigenständiges Staatswesen mit weitreichenden demokratischen Mitbestimmungsrechten der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Es ist das Bestreben unserer Delegation, durch aktive Mitwirkung unser Land gut zu vertreten und über aktive Vernetzung das Gedankengut der freiheitlichen Gesellschaften zu unterstützen. Die Internationale Parlamentarische Union bietet dafür eine einflussreiche und geeignete Plattform.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Delegation und der verantwortlichen Mitarbeiterin des Parlamentsdienstes, Gabriele Wachter, für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2023 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Albert Frick

Schaan, im Februar 2024